



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche sind die Abgeordneten des Landtags von Nordrhein-Westfalen zu ihrer letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause in Düsseldorf zusammengekommen.

Beraten und verabschiedet wurden dabei unter anderem parlamentarische Initiativen, die die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt verbessern, die berufliche Bildung von Frauen stärken und die transatlantische Partnerschaft unseres Landes mit den Vereinigten Staaten von Amerika festigen sollen.

Als Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für Menschen mit Behinderungen und Sprecher der CDU-Fraktion im Hauptausschuss hatte ich im Rahmen meiner Plenarreden die Gelegenheit, die Politik der Zukunftscoalition zu erläutern und für eine breite Zustimmung unter den Abgeordneten zu werben.

Mit der Ausgabe meines Newsletter Juni 2023 gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit für Sie und unsere Heimat – im Landtag in Düsseldorf und bei uns vor Ort im Kreis Warendorf. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihr Interesse und wünsche Ihnen für die nun vor uns liegenden Sommerferien einen schönen Urlaub und gute Erholung.



Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Herzliche Grüße!

Ihr

Daniel Hagemeyer MdL

Maurizio Wolsink: Neuer Praktikant im Landtagsbüro



Der 26jährige Politikstudent Maurizio Wolsink absolviert aktuell ein dreiwöchiges Praktikum im Landtagsbüro in Düsseldorf.

Als direkt gewählter Landtagsabgeordneter freut sich Daniel Hagemeyer, wenn sich junge Menschen für die politische Arbeit interessieren. Ein Praktikum im Landtag bietet die einzigartige Gelegenheit, sich aktiv einzubringen und direkt und persönlich mitzuerleben, wie Politik gestaltet wird. Insbesondere die jetzt anstehende Plenarwoche wird dabei ein spannendes Highlight für den Studenten.

Daniel Hagemeyer freut sich auf die Zusammenarbeit mit Maurizio Wolsink und wird gerne auch in Zukunft jungen Menschen die Möglichkeit eröffnen, einen direkten Einblick in den Politik-Betrieb des Landtags zu gewinnen.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Mehr als 2,2 Milliarden Euro für den Klimaschutz: Landesregierung legt erstes gemeinsames Klimaschutzpaket vor

„Wir packen's an – gutes Klima für Nordrhein-Westfalen“: Unter diesem Motto hat die Landesregierung ihr erstes gemeinsames Klimaschutzpaket beschlossen. Mit insgesamt 68 ressortübergreifend beigesteuerten Maßnahmen sowie Eckpunkten für eine Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW wird die Landesregierung den Klimaschutz voranbringen.

Mehr als eine Milliarde Euro stehen für die Jahre 2023 und 2024 für Klimaschutzmaßnahmen im Landeshaushalt bereit, vor allem für klimafreundliche Mobilität, die Wärmewende und den beschleunigten Ausbau von Windkraft und Photovoltaik. Gut eine weitere Milliarde Euro stehen für klimaschutzrelevante Projekte im Rahmen von Programmen der Europäischen Union bis 2027 zur Verfügung.

Das erste gemeinsame Klimaschutzpaket der Landesregierung stellt eine Fülle von Vorhaben und Angeboten sowohl für Unternehmen und Kommunen, als auch für Bürgerinnen und Bürger vor. Es enthält insgesamt 68 Maßnahmen in sieben zentralen Handlungsfeldern sowie erste Eckpunkte für eine Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW.

Das Erste Klimaschutzpaket bündelt Maßnahmen der 2022 gestarteten neuen Landesregierung. Einige von ihnen sind bereits angelaufen, weitere gehen in Kürze in Umsetzung. Daneben werden viele Maßnahmen mit Klimaschutzrelevanz, die nicht im Klimaschutzpaket aufgeführt sind, weitergeführt. So stellt die Landesregierung etwa einen hohen dreistelligen Millionenbetrag für den weiteren Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zur Verfügung. Mit dem Zukunftsnetz Mobilität NRW und dem 2023 alleine 90 Millionen Euro umfassenden Förderprogramm Elektromobilität stehen etablierte Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität zur Verfügung. Auch die Förderung der kommunalen ÖKOPROFIT®-Projekte wird fortgesetzt, um den betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz vor Ort zu verbessern. Mit einem Volumen von knapp 390 Millionen Euro stehen im Rahmen der Städtebauförderung weitere Mittel für die klimagerechte Transformation von Städten und Gemeinden zur Verfügung.

Dieses erste Klimaschutzpaket stellt den Auftakt dar – weitere werden auf den Weg gebracht und sollen dazu beitragen, die Klimaschutzziele Nordrhein-Westfalens zu erreichen.

49 Millionen Euro für die Aufnahme und Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher an unseren Schulen

Das Landeskabinett hat den Weg freigemacht für ein neues finanzielles Hilfspaket für Schulen. Es heißt „Aktionsprogramm Integration“ und soll die Schulen in erster Linie bei der Aufnahme und Integration von schutzsuchenden Kindern und Jugendlichen, insbesondere aus der Ukraine, kurzfristig unterstützen. Dazu stehen zum Beginn des neuen Schuljahres 2023/2024 insgesamt 49 Millionen Euro zur Verfügung.

Das Aktionsprogramm Integration ermöglicht es, vor Ort individuelle Förderangebote auf- und auszubauen. Darüber hinaus kann zusätzliches Personal eingestellt oder gegebenenfalls weiterbeschäftigt werden. Kooperationen mit außerschulischen Partnern können umgesetzt, bereits angestoßene Unterstützungsprojekte fortgesetzt werden.

32 Millionen Euro des finanziellen Gesamtpakets fließen als Schulträgerbudget an die Träger kommunaler Schulen und genehmigter Ersatzschulen. Weitere 14,7 Millionen Euro stehen für die befristete Einstellung von Personal an öffentlichen Schulen bereit. Ersatzschulträger erhalten analog dazu 1,8 Millionen Euro für die befristete Personalrekrutierung an ihren Schulen, knapp 500.000 Euro sind für das Projektmanagement kalkuliert. Die Mittel können bis zum Jahresende verausgabt werden. Derzeit befinden sich über 100.000 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler in nordrhein-westfälischen Schulen in der sogenannten Erstförderung.

Das Geld für das „Aktionsprogramm Integration“ stammt aus dem im Februar 2023 beschlossenen zweiten Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Bewältigung der Krisensituation infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Aus dem entsprechenden Sondervermögen dienen insgesamt 670 Millionen Euro der Finanzierung von Maßnahmen zur Krisenhilfe, Krisenresilienz und Krisenvorsorge.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen:

Praktika und Lotsen für mehr und schnellere Übergänge von Jugendlichen in Ausbildung

Die Fachkräfteoffensive NRW der Landesregierung nimmt weiter Fahrt auf: Die Partner des Ausbildungskonsenses Nordrhein-Westfalen haben im Spitzengespräch am Dienstag (13. Juni) beschlossen, gemeinsam noch gezielter für die Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Jugendliche bei Betrieben, Praxen, Kanzleien, Einrichtungen und Verwaltungen zu werben. Zudem sollen unter anderem Übergangs-Lotsen die jungen Menschen während ihrer Praktika begleiten und sie bei ihrer Suche nach einer Ausbildungsstelle unterstützen, um ihnen gute berufliche und persönliche Perspektiven zu ermöglichen. Besonders Jugendliche im schulischen Übergangssektor an den Berufskollegs, also in der Ausbildungsvorbereitung und der Berufsfachschule, sollen dabei angesprochen werden. Ziel ist es, durch diese Maßnahmen gemeinsam mit der schulischen Förderung die Berufliche Orientierung noch weiter zu stärken, wichtige Kompetenzen für eine Vermittlung in passende Anschlussoptionen zu fördern und den passgenauen und möglichst schnellen Übergang in eine duale Ausbildung zu unterstützen.

Der Mangel an Fachkräften ist eine große Herausforderung. Zugleich bietet die Situation jungen Menschen aber auch eine gute Gelegenheit auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Jede helfende Hand wird aktuell gebraucht. Gerade eine Ausbildung bietet vielfältige Tätigkeiten, sichere Perspektiven, gute Verdienstmöglichkeiten und ermöglicht damit ein selbstbestimmtes Leben. Leider münden noch zu wenige Schülerinnen und Schüler aus dem Übergangssystem in eine Ausbildung. Hier stecken Potenziale, die es zu heben gilt. Diese jungen Menschen mit schwierigen Startbedingungen nehmen wir gemeinsam verstärkt in den Blick. Oft hilft es Jugendlichen schon, eine Ansprechperson zu haben, die einem Perspektiven aufzeigt und sie begleitet. Die Landesregierung investiert deshalb insgesamt rund 50 Millionen Euro, vor allem in Coaching-Angebote, wie zum Beispiel die Übergangs-Lotsen. Die Wirtschaft flankiert dies ihrerseits mit Praktikums- und Ausbildungsangeboten.

Hintergrund

Ausbildungskonsens NRW

Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen ist das Spitzengremium von Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Freien Berufen, der Bundesagentur für Arbeit und den Wohlfahrts- sowie den Kommunalen Spitzenverbänden, das wichtige Weichenstellungen im Bereich berufliche Orientierung, Ausbildung und Fachkräftesicherung legt.

Fachkräfteoffensive NRW

Die Landesregierung hat eine Fachkräfteoffensive gestartet, um mit neuen, verbesserten und verstetigten Angeboten und Kooperationen, dem akuten und drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die berufliche Bildung und der Übergang von der Schule in den Beruf ist dabei ein zentrales Handlungsfeld.



*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Härtefallhilfen für Öl, Pellets und Flüssiggas – Antragsstart jetzt auch für Vermieterinnen und Vermieter in Nordrhein-Westfalen

Das Antragsverfahren für Härtefallhilfen an Privathaushalte wegen stark gestiegener Energiekosten für nicht leitungsgebundene Energieträger steht ab sofort auch für Vermieterinnen und Vermieter sowie Wohnungseigentumsgemeinschaften (Zentralantragstellende) in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Die Antragsstellung erfolgt online über: www.heizkostenhilfe.nrw

Seit Mitte Mai können bereits Haushalte, die selbst eine Feuerstätte betreiben, einen Antrag über das Landesportal stellen. Inzwischen wurden landesweit rund 12.000 Anträge eingereicht. Für unser Bundesland stehen rund 379 Millionen Euro Bundesfinanzmittel für Entlastungen wegen stark gestiegener Energiekosten zur Verfügung.

Unter nicht leitungsgebundenen Energieträgern werden Heizöl, Flüssiggas, Holzpellets, Holzhackschnitzel, Holzbriketts, Scheitholz und Kohle oder Koks verstanden. Auf der Landesseite www.heizkostenhilfe.nrw können Antragstellende vorab ausrechnen lassen, ob sie für die Bundes-Härtefallhilfe in Betracht kommen. Für die Antragstellung für Privatpersonen wird die BundID oder ein ELSTER-Zugang benötigt, Unternehmen benötigen das ELSTER-Unternehmenskonto

Bei der Härtefallhilfe des Bundes werden Beschaffungen berücksichtigt, die im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 1. Dezember 2022 erfolgten. Ausnahmsweise kann auf das Bestelldatum abgestellt werden, sofern die oder der Antragstellende anhand geeigneter Unterlagen nachweist, dass die Bestellung im Entlastungszeitraum aufgegeben wurde und die Lieferung des nicht leitungsgebundenen Energieträgers bis spätestens 31. März 2023 erfolgte. Empfänger staatlicher Leistungen zum Lebensunterhalt (Grundsicherung, Bürgergeld und andere) sind nicht antragsberechtigt. Eine Anrechnung auf bereits gezahlte Heizkostenzuschüsse aus anderen Entlastungsmaßnahmen erfolgt indes nicht.

Die Umsetzung der Bundes-Härtefallhilfen wird das Land Nordrhein-Westfalen rund zehn Millionen Euro kosten, die bundesseitig erstattet werden.

Bei der Härtefallhilfe des Bundes werden Beschaffungen berücksichtigt, die im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 1. Dezember 2022 erfolgten. Ausnahmsweise kann auf das Bestelldatum abgestellt werden, sofern die oder der Antragstellende anhand geeigneter Unterlagen nachweist, dass die Bestellung im Entlastungszeitraum aufgegeben wurde und die Lieferung des nicht leitungsgebundenen Energieträgers bis spätestens 31. März 2023 erfolgte. Empfänger staatlicher Leistungen zum Lebensunterhalt (Grundsicherung, Bürgergeld und andere) sind nicht antragsberechtigt. Eine Anrechnung auf bereits gezahlte Heizkostenzuschüsse aus anderen Entlastungsmaßnahmen erfolgt indes nicht.

Die Umsetzung der Bundes-Härtefallhilfen wird das Land Nordrhein-Westfalen rund zehn Millionen Euro kosten, die bundesseitig erstattet werden.

Initiative „Fit durch die Schule“ um drei Jahre verlängert

Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen setzt gemeinsam mit der AOK Rheinland/Hamburg ein Programm fort, das zusätzliche Bewegungsangebote im außerunterrichtlichen Schulsport an weiterführenden Schulen unterstützt. Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller und Sabine Deutscher, Vorstandsmitglied der AOK Rheinland/Hamburg, unterzeichneten am Freitag, 9. Juni, im Ministerium eine Kooperationsvereinbarung, welche die Initiative „Fit durch die Schule“ um drei Jahre verlängert.

Die Initiative „Fit durch die Schule“ gibt es bereits seit dem Jahr 2009. Das Ministerium für Schule und Bildung hat zusammen mit der AOK Rheinland/Hamburg bislang mehr als 1.180 Projekte gefördert. Im Rahmen des Programms konnten in den vergangenen Jahren 4,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Fortsetzung auf Seite 5 

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Fortsetzung von Seite von Seite 4: **Initiative „Fit durch die Schule“ um drei Jahre verlängert**

Für die verlängerte Laufzeit stehen nun weitere 1,5 Millionen Euro bereit. In den vergangenen 14 Jahren wuchs die Zahl der teilnehmenden Schulen stetig an. Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen Zugänge zu Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten zu öffnen und die körperliche Fitness von Schülerinnen und Schülern im Rahmen des schulischen Alltags zu verbessern.

Für ihre förderungsfähigen Projekte können Schulen mit Fördergeldern in Höhe von bis zu 5.500 Euro über zwei Schuljahre rechnen. „Fit durch die Schule“ versteht sich dabei als Anschubfinanzierung. Durch möglichst dauerhafte Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen soll an den Schulen ein breites Bewegungsangebot neben dem obligatorischen Sportunterricht entstehen. Als erwünschter Nebeneffekt erleichtert die Zusammenarbeit mit umliegenden Sportvereinen den Einstieg in den regelmäßigen Vereinssport.

Für das kommende Schuljahr ist die Bewerbungsphase abgeschlossen. In wenigen Tagen entscheidet eine Jury, zusammengesetzt aus einem Sportwissenschaftler sowie je einem Vertreter des Ministeriums für Schule und Bildung und der AOK Rheinland/Hamburg, welche Schulen für 2023/2024 Fördergelder erhalten.

Weitere Informationen zur Initiative werden auf der Seite www.fitdurchdieschule.de zur Verfügung gestellt. Hier finden interessierte Schulen auch exemplarische Projektvorschläge sowie Hilfen zur Entwicklung eigener Ideen für außerunterrichtliche Schulsportprojekte. Zudem informiert das Ministerium unter www.schulsport-nrw.de über Themen rund um das Fach Sport. Die AOK Rheinland/Hamburg behandelt unter www.aok-gesund-lernen.de Aspekte wie Bewegung und Sport, Suchtprävention, Entspannung und Ernährung und stellt Fortbildungsmöglichkeiten und Wettbewerbe zum gesunden Lernen vor.

Im Rahmen des Landesprogramms Bildung und Gesundheit kooperiert die AOK Rheinland/Hamburg zusätzlich mit dem Ministerium für Schule und Bildung, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes Nordrhein-Westfalen sowie dem Landeszentrum Gesundheit (LZG.NRW).

Aus der Fraktion

Antrag von CDU und Grünen: Einrichtung einer Stabsstelle „Landeskoordination Inklusion Personal“

Arbeit ist die Grundlage für soziale Sicherheit, Selbstbestimmung, Chancengleichheit, Anerkennung und Wertschätzung. Die Zahl der Beschäftigten mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren stetig erhöht. Bei öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber waren rund 82.600 Arbeitsplätze von Menschen mit Behinderungen oder ihnen gleichgestellten Menschen besetzt. Dies ergibt eine Quote von über sieben Prozent. Bei privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wurden 214.800 besetzte Arbeitsplätze gezählt, was einer Quote von rund 4,7 Prozent entspricht.

Die gesetzlich geforderte Mindestbeschäftigungsquote von fünf Prozent ist in den vergangenen Jahren bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen zwar erfüllt. Ziel der Zukunftscoalition ist es aber, „in den nächsten Jahren bei Neueinstellungen im Landesdienst insgesamt einen jährlichen Anteil Schwerbehinderter von fünf Prozent“ zu erreichen.

Diieses vereinbarte Ziel von fünf Prozent bei Neueinstellungen kann nur durch aktive, innovative und effektive Ausrichtung und Ausschreibung der zur vergebenden Arbeitsplätze in der Landesverwaltung erreicht werden. Konzepte zur Gewinnung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen müssen dabei eine zentrale Rolle spielen und brauchen nicht von den Landesbehörden einzeln erarbeitet werden. Hierfür muss die Zusammenarbeit der Inklusionsbeauftragten der Ministerien gefördert und zentral organisiert werden.

Fortsetzung auf Seite 6





Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

Fortsetzung von Seite 5:

Einrichtung einer Stabsstelle „Landeskoordination Inklusion Personal“

Die Koordination einer so umfänglichen Zusammenarbeit kann nur zentral durch eine Stabsstelle erfolgreich gelingen. CDU und Grüne haben deshalb einen Antrag im Landtag beschlossen der die Landesregierung beauftragt

- eine Stabsstelle „Landeskoordination Inklusion Personal“ einzurichten, die die Ministerien dabei koordinierend unterstützen soll, fünf Prozent der Neueinstellungen von Menschen mit Behinderungen in der Landesverwaltung anzustreben und
- die Stabsstelle „Landeskoordination Inklusion Personal“ bei der Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes zu unterstützen.

Antrag von CDU und Grünen:

Kompetenzzentren Frau und Beruf erhalten und weiterentwickeln

Das Potenzial gut ausgebildeter Frauen ist ein wertvoller Wirtschaftsfaktor für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen. Angesichts des demografischen Wandels ist es wichtig, Unternehmen bei der Entwicklung gezielter Strategien zu unterstützen, um mehr Frauen als qualifizierte Fach- und Führungskräfte zu gewinnen und im Unternehmen zu halten. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wird es immer wichtiger, sich im Wettbewerb als attraktive Arbeitgeberin oder attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Gleichzeitig ist es für sie meist aufwändiger als für Großunternehmen, passgenaue frauenfördernde Personalkonzepte zu entwickeln.

Die aktuell 15 Kompetenzzentren Frau und Beruf sind in allen Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen kompetent ansprechbar, wenn es für KMU darum geht, Frauen als Fachkräfte zu finden, zu halten und langfristig zu binden.

Die Kompetenzzentren unterstützen die Unternehmen dabei, eine frauen- und familienfördernde Unternehmenskultur zu etablieren. Sie besitzen besondere Expertise für frauenfördernde Maßnahmen in den Bereichen der Ausbildung, Einstellung, beruflichen Entwicklung und Aufstieg, individuelle Arbeitszeiten und nicht zuletzt auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Sorgearbeit.

Ein besonderes Potenzial für den Arbeitsmarkt liegt bei Frauen mit internationaler Familiengeschichte, Frauen mit Behinderungen und Frauen im fortgeschrittenen Alter mit großer Berufserfahrung, ebenso bei (Start-up-) Gründerinnen, Frauen, die eine Unternehmensnachfolge anstreben und Frauen in Tech-/MINT-Berufen. Deshalb ist es der Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN ein Anliegen, die Kompetenzzentren dahingehend weiterzuentwickeln und ihre Handlungsfelder anzupassen, sodass sie auch diesen Zielgruppen kompetente Angebote machen und die KMU auf diese Weise gezielt unterstützen können.

Damit die Kompetenzzentren auf den von ihnen gewonnenen Erkenntnissen und Netzwerken aufbauen und nachhaltig gegen den Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen wirken können, ist es wichtig sie zu erhalten und weiterzuentwickeln. CDU und Grüne haben deshalb einen Antrag im Landtag beschlossen der die Landesregierung unter anderem damit beauftragt

- die Kompetenzzentren Frau und Beruf bedarfsgerecht und langfristig weiterzuentwickeln
- die bisherigen Handlungsfelder der Kompetenzzentren anzupassen, sodass Unternehmen auch dabei unterstützt werden, die Potenziale von Frauen bereits in der Ausbildung zu erkennen und zu fördern, für Frauen mit internationaler Familiengeschichte Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen, Frauen mit Behinderungen adäquate Arbeitsplätze zu bieten und Frauen im fortgeschrittenem Alter mit großer Berufserfahrung in den Unternehmen zu halten, (Start-up-) Gründungen zu begleiten, Frauen, die eine Unternehmensnachfolge antreten wollen und können, zu beraten und Frauen in Tech/MINT-Berufen zu erschließen
- das Angebot der Kompetenzzentren vor Ort noch stärker als bisher um digitale Angebote zu ergänzen und
- die Vernetzung und Zusammenarbeit der Zentren untereinander und mit den Handwerkskammern, den Industrie- und Handelskammern und weiteren berufsfachspezifischen Institutionen und Verbänden weiter zu fördern und dabei auch auf bestehende Netzwerke zuzugreifen.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Antrag von CDU und Grünen: Mit einem NRW-USA-Jahr die transatlantischen Beziehungen stärken

NRW setzt auf die Pflege und den Ausbau seiner internationalen Partnerschaften. Die transatlantischen Beziehungen bilden dabei einen Grundpfeiler unserer internationalen Zusammenarbeit und genießen seit jeher besondere Priorität für NRW: Zu den USA besteht eine besonders enge Verbundenheit und eine vielfältige, lebhaftige Zusammenarbeit. Mit keiner anderen Region außerhalb Europas verbindet NRW vergleichbar enge und tiefe Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft wie zu den USA. 32 Städtepartnerschaften, 98 Schulpartnerschaften, rund 290 Hochschulkooperationen sowie viele nordrhein-westfälisch-amerikanische Partnerschaftsvereine tragen zu einem regen Kulturaustausch unserer beider Länder bei. Mit rund 1.600 Unternehmen zählen die USA zu den wichtigsten Außenhandelspartnern des Landes und sind mit einer der größten ausländischen Investoren in NRW. Auch für nordrhein-westfälische Unternehmen sind die USA ein wichtiger Forschungs- und Produktionsstandort und ebenso ein überaus interessanter Markt.

Der enge und vertrauensvolle Austausch mit unseren transatlantischen Partnern zeigt, wie zukunftsfähig die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA sind. Daher legen wir großen Wert auf einen kontinuierlichen Austausch und die Vertiefung der engen Freundschaft mit den Vereinigten Staaten und den US-Bundesstaaten. Diese Freundschaft wird nicht zuletzt getragen von unseren geteilten Grundwerten: Freiheit, demokratische Selbstbestimmung und das Streben nach einer lebenswerten und nachhaltigen Zukunft.

Mit einem milliarden schweren Investitionsprogramm gehen die Vereinigten Staaten den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Modernisierung ihrer Infrastruktur ehrgeizig an. Die Partnerschaft mit NRW wollen wir dazu nutzen, gemeinsam an zukunftsfähigen Lösungen zur effektiven Eindämmung des Klimawandels zu arbeiten. Insbesondere die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den USA wollen wir unter anspruchsvollen Umwelt- und Sozialstandards intensivieren. Hierbei stehen wir für eine multilaterale, regelbasierte Wirtschafts- und Handelsordnung, die sich an der Offenheit von Märkten und dem freien Handel auf Gegenseitigkeit orientiert. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Nordrhein-Westfalen als attraktiver Industrie- und Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig und auch für Unternehmensansiedlungen attraktiv bleibt, so dass bereits ansässige Unternehmen auch in Zukunft ihren Standort in Nordrhein-Westfalen behalten. Den intensiven Austausch mit Pennsylvania zu den Chancen und Herausforderungen des Strukturwandels wollen wir fortführen. Die Zusammenarbeit mit weiteren Bundesstaaten in ausgewählten, für unser Land relevanten Schwerpunktfeldern wollen wir prüfen und neu etablieren.

Die transatlantischen Beziehungen wollen wir auch unter der Perspektive mit Leben füllen, gemeinsam offene, plurale Gesellschaften und resiliente Demokratien zu gestalten. Das NRW-USA-Jahr soll die transatlantische Freundschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA in ihrer ganzen Vielfalt hervorheben und ausbauen sowie neue Impulse für die Zusammenarbeit – in gezielten Politikbereichen – setzen. Gerade in den Zeiten multipler, globaler Herausforderungen ist die Partnerschaft mit den USA unverzichtbar und muss gelebt werden. Das Aktionsjahr soll einen Rahmen bieten für unterschiedliche transatlantische Projekte und Veranstaltungen aus Bereichen wie Forschung, Technologie und Wirtschaft, Kunst und Kultur, Jugend und Bildung in Nordrhein-Westfalen und in den USA.

CDU und Grüne haben deshalb einen Antrag im Landtag beschlossen der die Landesregierung unter anderem damit beauftragt

- >die enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten und relevanten US-Bundesstaaten zu vertiefen;
- >die Partnerschaft mit dem Bundesstaat Pennsylvania weiter voranzutreiben und dabei auch mögliche neue Kooperationsthemen und -formate zu identifizieren;
- >die guten Kontakte zum Bundesstaat New Jersey weiter zu vertiefen und projektbezogen Zusammenarbeit zu forcieren;
- >das NRW-USA-Jahr auszurichten und dieses dafür zu nutzen, unsere Partnerschaften und Kooperationen mit den USA, insbesondere mit dem Bundesstaat Pennsylvania sowie weiteren relevanten Bundesstaaten, zu pflegen und weiter auszubauen. Dafür sind geeignete Formate zu entwickeln, Schwerpunktfelder der Zusammenarbeit zu identifizieren, möglichst viele Ressorts zu beteiligen sowie verschiedene Akteure zusammenzubringen und
- >im Rahmen des NRW-USA Jahres den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen die besondere Verbundenheit mit unseren transatlantischen Partnern in Form von öffentlichkeitswirksamen

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

57. Kreisparteitag des CDU Kreisverbandes Warendorf-Beckum

Der 57. Kreisparteitag wurde diesmal im Hotel zur Post in Stromberg abgehalten. Nach den Wahlen der Delegierten die den Kreisverband auf dem Bundes-, Landes- und Bezirksparteitag vertreten werden, war als besonderer Gastredner der Minister für Bundes- u. Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes NRW und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski geladen. Er referierte zum Thema: „Grenzen überschreiten: Der Zusammenhalt Europas im Angesicht des Krieges in der Ukraine“ „Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist“, sagte Nathanael Liminski überzeugt.



Vor fast 200 Delegierten aus unseren 37 Ortsunionen hielt der Minister und Chef der Staatskanzlei eine begeisternde Rede nicht nur zur Ukraine und dem leidenschaftlichen Kampf der Menschen dort für Freiheit - sondern auch über die Hilfen, mit denen die Landesregierung die Menschen in dem von Russland überfallenen Land ebenso unterstützt wie die rund 230.000 Ukrainer, die vor Putins Bomben nach NRW geflohen sind.

„Europa ist etwas, das jedem von uns im Alltag vieles erleichtert“, ist Nathanael Liminski überzeugt. „Sie tun hier in der Region etwas dafür, die europäische Identität mit Leben zu füllen“, erinnerte er an gelebte und traditionsreiche Städtepartnerschaften oder den Europa-Radweg. Heute kämpfe das ukrainische Volk für das, was Europa einmal begründet habe - die Idee der Freiheit. Auch deshalb sieht er das Land auf dem Weg in die europäische Union. Dies werde allerdings ein noch langer Weg werden. Denn vor einem Beitritt müssen auch die Beitrittskriterien erfüllt sein!

Zum Schluss dankte der CDU Kreisverband Bürgermeisterin Karin Rodeheger für ihr Grußwort und Nathanael Liminski für seinen Besuch im Kreis Warendorf und überreichte neben Blumen auch die bekannten Warendorfer Pferdeäpfel! Auch eine „Köstlichkeit“ aus Stromberg durfte natürlich nicht fehlen - diese überreichte der erste stellvertretende Landrat Winfried Kaup.



Besuch Senioren-Park carpe diem in Oelde

Zu einer guten Gesundheitsversorgung in NRW gehört auch die pflegerische Versorgung. Daher hatte sich Daniel Hagemeyer zur aktuellen Situation in der Altenpflege sowie in der Behindertenbetreuung mit den Einrichtungsleitungen des Senioren Parks carpe diem sowie des Ambrosius Hauses in Oelde getroffen.



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de